

Berlin, den 8. Februar 2021

Offener Brief zur Situation der Journalistinnen und Journalisten in Belarus

Mit Sorge und Bestürzung nehmen wir seit nunmehr einem halben Jahr die systematische Verfolgung von Journalistinnen und Journalisten in Belarus wahr. Um die Macht des Autokraten Alexander Lukaschenko zu erhalten, ist seinem Regime jedes Mittel recht. Oppositionelle Bürger werden verfolgt, verprügelt, verletzt und eingesperrt, friedliche Demonstrationen werden brutal niedergeknüppelt.

Journalistinnen und Journalisten, die über die Vorkommnisse in Belarus berichten wollen, werden drangsaliert und daran gehindert, ihren Informationsauftrag auszuüben. Weder die Bürger im eigenen Land noch die Weltöffentlichkeit sollen erfahren, mit welchen Mitteln Lukaschenko versucht, sich an der Macht zu halten.

Als Deutschlands größte Journalistenorganisation erklären wir uns solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen in Belarus und mit allen freiheitsliebenden Menschen, die mit friedlichen Mitteln demokratische Verhältnisse in ihrem Land herbeizuführen versuchen. Wir fordern von der belarussischen Regierung das sofortige Ende der Unterdrückung und Verfolgung von Journalistinnen und Journalisten.

Scheinprozesse, die ohne jede Form von Rechtsstaatlichkeit gegen Journalisten und ihre Organisationen vorbereitet und geführt werden, sind sofort zu stoppen. Die Journalistinnen Catarina Andreeva und Darja Chulcova, die sich am 9. Februar vor Gericht verantworten sollen, gehören unverzüglich auf freien Fuß. Gegen sie, die nichts anderes gemacht haben, als ihren Beruf auszuüben, darf es keine Gerichtsverhandlung geben.

Die Repräsentanten von Journalistenorganisationen dürfen nicht länger daran gehindert werden, sich für die Pressefreiheit und die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Wir unterstützen Forderungen nach einem stärkeren Einsatz der deutschen Bundesregierung wie auch der Europäischen Kommission für die Grundrechte in Belarus. Wenn die Presse- und Meinungsfreiheit am östlichen Rand Europas brutal unterdrückt wird, darf Europa nicht schweigen.

Frank Überall
DJV-Bundesvorsitzender